

**S a t z u n g**  
**über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss**  
**an die öffentliche Abwasseranlage – Entwässerungssatzung –**  
**der Stadt Spenge vom 28.03.1990**

**Inhaltsübersicht**

Präambel

- § 1 Allgemeines
- § 2 Anschluss- und Benutzungsrecht
- § 3 Begrenzung des Anschlussrechts
- § 4 Begrenzung des Benutzungsrechts
- § 5 Anschluss- und Benutzungszwang
- § 6 Ausführung und Unterhaltung von Hausanschlüssen
- § 7 Anzeigeverfahren, Abnahmeverfahren
- § 8 Indirekteinleiterkataster
- § 9 Anzeige- und Auskunftspflicht; Zutritt; Überwachung
- § 10 Haftung
- § 11 Berechtigte und Verpflichtete
- § 12 Begriff des Grundstücks
- § 13 Ordnungswidrigkeiten
- § 14 Inkrafttreten

## **Satzung**

### **über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage – Entwässerungssatzung – der Stadt Spenge vom 28.03.1990**

Aufgrund der §§ 4, 18 und 19 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.08.1984 (GV NRW S. 475), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.06.1989 (GV NRW S. 342) sowie §§ 51 – 63 und § 161a Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (GV NRW S. 488) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 09.06.1989 (GV NRW S. 384) hat der Rat der Stadt Spenge am 27.03.1990 folgende Satzung beschlossen:

#### **§ 1 Allgemeines**

- (1) Die Stadt betreibt in ihrem Gebiet die Beseitigung des Abwassers als öffentliche Einrichtung.
- (2) Die öffentliche Abwasseranlage bildet eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit. Zu dieser Anlage gehören alle von der Stadt selbst oder in ihrem Auftrag betriebenen Anlagen, die dem Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln von Abwasser sowie dem Entwässern von Klärschlamm dienen. Nicht hierzu zählt jedoch die Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben, die in der Entsorgungssatzung vom 19.09.1988, zuletzt geändert durch Satzung vom 12.12.1989, geregelt ist.
- (3) Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören ferner die Grundstücksanschlussleitungen, nicht jedoch die auf dem Grundstück herzustellenden Entwässerungseinrichtungen.
- (4) Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlage sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung und Sanierung bestimmt die Stadt im Rahmen der ihr obliegenden Abwasserbeseitigungspflicht.

#### **§ 2 Anschluss- und Benutzungsrecht**

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstücks ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung berechtigt, von der Stadt zu verlangen, dass sein Grundstück an die bestehende öffentliche Abwasseranlage angeschlossen wird (Anschlussrecht).
- (2) Nach der betriebsfertigen Herstellung der Anschlussleitung hat der Anschlussberechtigte vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung das Recht, die auf seinem Grundstück anfallenden Abwässer in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungsrecht).

### **§ 3**

#### **Begrenzung des Anschlussrechts**

- (1) Das Anschlussrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die an eine betriebsfertige öffentliche Abwasserleitung angeschlossen werden können. Dazu muss die öffentliche Abwasserleitung in unmittelbarer Nähe des Grundstücks oder auf dem Grundstück verlaufen. Die Stadt kann den Anschluss auch in anderen Fällen zulassen, (z.B. Hinterliegergrundstücke), wenn hierdurch das öffentliche Wohl nicht beeinträchtigt wird.
- (2) Das Anschlussrecht erstreckt sich auch auf das Niederschlagswasser. Die Stadt kann den Anschluss des Niederschlagswassers ganz oder teilweise ausschließen, wenn es auf überwiegend zu Wohnzwecken genutzten Gebieten anfällt und ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit versickert, verregnet, verrieselt oder in ein Gewässer eingeleitet werden kann (§ 51 Abs. 2 Nr. 3 LWG).
- (3) Ein Anschlussrecht besteht nicht, soweit die Stadt von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist.

### **§ 4**

#### **Begrenzung des Benutzungsrechts**

- (1) In die öffentliche Abwasseranlage darf nur Abwasser eingeleitet werden, das so beschaffen ist, dass dadurch nicht
  - die Anlage oder die mit ihrem Betrieb Beschäftigten gefährdet,
  - die Möglichkeit einer Verwertung des Klärschlammes beeinträchtigt,
  - der Betrieb der Abwasserbehandlung erheblich erschwert oder
  - die Funktion der Abwasseranlage so erheblich gestört werden kann, dass dadurch die Anforderungen an die Einleitungserlaubnis nicht eingehalten werden können.

Diese Beeinträchtigungen können insbesondere ausgehen von

- Stoffen, die die Leitung verstopfen können,
  - feuergefährlichen, explosiven oder radioaktiven Stoffen,
  - Abwasser, das schädliche Ausdünstungen verbreitet,
  - Abwasser, das die Baustoffe der öffentlichen Abwasseranlage angreift oder die biologischen Funktionen schädigt.
- (2) Abwasser darf grundsätzlich nur eingeleitet werden, wenn die in der Anlage vorgeschriebenen Grenzwerte eingehalten werden. Die Anlage ist Bestandteil dieser Satzung.  
  
Für nicht in der Anlage aufgeführte Stoffe können im Bedarfsfall Grenzwerte festgesetzt werden.
  - (3) Die Stadt kann im Einzelfall Mengen und Frachtgrenzen festlegen. Sie kann das Benutzungsrecht davon abhängig machen, dass auf dem Grundstück eine Vorbehandlung oder eine Rückhaltung und dosierte Einleitung des Abwassers erfolgt.

- (4) Betriebe, in denen Benzin, Benzol, Öle oder Fette ins Abwasser gelangen können, haben nach Aufforderung durch die Stadt Vorrichtungen zur Abscheidung dieser Stoffe aus dem Abwasser zu betreiben (Abscheider). Das Abscheidegut ist in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften zu entsorgen und darf an keiner anderen Stelle dem Abwassernetz zugeführt werden.
- (5) In die öffentliche Abwasseranlage dürfen unbeschadet des Abs. 2 nicht eingeleitet werden:
- a) Abfälle, auch in zerkleinerter oder flüssiger Form;
  - b) Stoffe, die die Leitung verstopfen, verkleben oder Ablagerungen hervorrufen können. Dies gilt auch dann, wenn die Stoffe zerkleinert worden sind;
  - c) feuergefährliche oder zerknallfähige Stoffe (z.B. Heizöl, Benzin, Lösungsmittel, Farbreste, Karbid);
  - d) Abwässer, die hinsichtlich der Radioaktivität die Freigrenzen des Strahlenschutzrechtes überschreiten;
  - e) Fette, Öle, Phenole, Emulsionen, Harze, Metallsalze, Alkalien, Schwermetalle, Antibiotika und infektiöse Stoffe;
  - f) Abwässer, die Kohlensäure, Schwefelwasserstoff oder Schwefeldioxid enthalten;
  - g) Abwässer, die schädliche Ausdünstungen oder Übelgerüche verbreiten;
  - h) Jauche, Gülle, Silagesickerwässer und Molke;
  - i) Blut, ausgenommen geringfügige Mengen;
  - j) Stoffe, die Gase entwickeln können;
  - k) fototechnische Abwässer (z.B. Fixierbäder und Bleichbäder).
- (6) Das Benutzungsrecht besteht nicht, soweit die Stadt von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist.
- (7) Die Stadt kann befristete, jederzeit widerrufliche Befreiungen von den Anforderungen der Absätze 2 bis 6 erteilen, wenn sich andernfalls eine nicht beabsichtigte Härte für den Verpflichteten ergäbe und Gründe des öffentlichen Wohls der Befreiung nicht entgegenstehen, insbesondere die technischen Voraussetzungen gegeben sind.
- (8) Die Stadt ist jederzeit berechtigt, Abwasseruntersuchungen vorzunehmen. Die Kosten für die Untersuchungen trägt der Anschlussnehmer, falls sich herausstellt, dass ein Verstoß gegen Abs. 1 – 6 vorliegt, andernfalls die Stadt.
- (9) Bei Änderungen der Zusammensetzung des Abwassers hat der Anschlussnehmer auf Verlangen die Einhaltung der Abs. 1 – 6 nachzuweisen.

## **§ 5**

### **Anschluss- und Benutzungszwang**

- (1) Jeder Anschlussberechtigte ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, sein Grundstück an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen, sobald Abwasser auf dem Grundstück anfällt (Anschlusszwang).
- (2) Der Anschlussnehmer ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, das gesamte auf dem Grundstück anfallende Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungszwang).

- (3) Ein Anschluss- und Benutzungszwang besteht nicht, wenn die in § 51 Abs. 2 Landeswassergesetz bezeichneten Voraussetzungen für in landwirtschaftlichen Betrieben anfallendes Abwasser oder für zur Wärmeabgewinnung benutztes Abwasser vorliegen. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen ist der Stadt nachzuweisen. Die Stadt kann jedoch auch unter den Voraussetzungen des Satzes 1 den Anschluss des in landwirtschaftlichen Betrieben anfallenden häuslichen Abwassers verlangen.
- (4) Der Anschluss- und Benutzungszwang besteht auch für das Niederschlagswasser, außer in den Fällen des § 3 Abs. 2 Satz 2. Darüber hinaus kann die Stadt auch unter Beibehaltung des Anschluss- und Benutzungsrechts eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang aussprechen, wenn das Niederschlagswasser auf überwiegend zu Wohnzwecken genutzten Gebieten anfällt und ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit versickert, verregnet, verrieselt oder in ein Gewässer eingeleitet werden kann.
- (5) In den nach dem Trennverfahren entwässerten Bereichen sind das Schmutz- und Niederschlagswasser den jeweils dafür bestimmten Leitungen zuzuführen.
- (6) Bei Neu- und Umbauten muss der Anschluss vor der Benutzung der baulichen Anlage hergestellt sein. Ein Anzeige- und Abnahmeverfahren nach § 7 ist durchzuführen.
- (7) Wird die öffentliche Abwasserleitung erst nach der Errichtung einer baulichen Anlage hergestellt, so ist das Grundstück binnen drei Monaten anzuschließen, nachdem durch öffentliche Bekanntmachung oder Mitteilung an den Anschlussberechtigten angezeigt ist, dass das Grundstück angeschlossen werden kann. Eine Abnahme nach § 7 Abs. 3 ist durchzuführen.
- (8) Den Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes hat der Anschlussnehmer eine Woche vor Außerbetriebnahme des Anschlusses der Stadt mitzuteilen. Diese verschließt die Anschlussleitung auf Kosten des Anschlussnehmers.

## **§ 6**

### **Ausführung und Unterhaltung von Hausanschlüssen**

- (1) Jedes Grundstück soll mindestens einen unterirdischen Anschluss an die öffentliche Abwasserleitung haben, im Gebiet des Trennverfahrens mindestens je einen Anschluss an die Schmutz- und an die Niederschlagswasserleitung. Auf Antrag können mehrere Anschlussleitungen verlegt werden. Geeignete Kontrollschächte, Rückstausicherungen sowie im Bereich einer Druckkanalisation erforderliche Hebe- und Förderaggregate sind einzubauen. Sie sind nach den allgemeinen anerkannten Regeln der Technik sowie nach den Vorschriften dieser Satzung zu errichten und zu betreiben.
- (2) Ist die unmittelbare Ableitung des Abwassers zur öffentlichen Abwasseranlage mit natürlichem Gefälle nicht möglich, kann die Stadt zur ordnungsmäßigen Entwässerung des Grundstücks von dem Grundstückseigentümer auf dessen Kosten den Einbau und den Betrieb eines ausreichenden privaten Hebe- und Förderaggregates verlangen.
- (3) Auf Antrag können zwei oder mehrere Grundstücke durch eine gemeinsame Anschlussleitung entwässert werden. Die Benutzungs- und Unterhaltungsrechte sind im Grundbuch oder durch Baulast abzusichern.
- (4) Die Anzahl, Führung, lichte Weite und technische Ausführung der Anschlussleitungen bis zu den Kontrollschächten sowie die Lage und Ausführung der Kontrollschächte bestimmt die Stadt.

- (5) Die Herstellung, Erneuerung und Veränderung sowie die laufende Unterhaltung der Abwasseranlagen auf dem anzuschließenden Grundstück bis zum letzten Kontrollschacht vor der öffentlichen Abwasseranlage führt der Anschlussnehmer durch. Ist noch kein Kontrollschacht vorhanden, führt der Anschlussnehmer diese Arbeiten grundsätzlich für den gesamten Hausanschluss durch. Die Stadt setzt jedoch in jedem Falle einen Anschlussstutzen an die öffentliche Abwasserleitung und führt Bauarbeiten im öffentlichen Straßenraum durch.

## **§ 7**

### **Anzeigeverfahren, Abnahmeverfahren**

- (1) Die Herstellung oder Änderung des Anschlusses ist, außer im Fall des § 5 Abs. 7, der Stadt anzuzeigen.
- (2) Die Anzeige muss eine zeichnerische Darstellung enthalten, aus der Anzahl, Führung, lichte Weite und technische Ausführung der Anschlussleitungen sowie die Lage der Kontrollschächte und der Hebe- und Förderaggregate hervorgehen. Sie ist zu unterschreiben und in zweifacher Ausfertigung bei der Stadt einzureichen.
- (3) Die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage darf erst erfolgen, nachdem die Stadt die Anschlussleitung und den Kontrollschacht sowie die Hebe- und Förderaggregate abgenommen hat. Bei der Abnahme müssen die Anlagen sichtbar und gut zugänglich sein. Durch die Abnahme übernimmt die Stadt keine zivilrechtliche Haftung für die fehlerfreie und vorschriftsmäßige Ausführung der Anlage.

## **§ 8**

### **Indirekteinleiterkataster**

- (1) Die Stadt führt ein Kataster über Indirekteinleitungen in die öffentliche Abwasseranlage, deren Beschaffenheit erheblich vom häuslichen Abwasser abweicht.
- (2) Bei Indirekteinleitungen im Sinne des Abs. 1 sind der Stadt mit der Anzeige nach § 7, bei bestehenden Anschlüssen binnen 3 Monaten nach Inkrafttreten dieser Satzung, die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge zu benennen. Auf Anforderung der Stadt hat der Einleiter Auskünfte über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und ggf. die Vorbehandlung von Abwasser zu erteilen. Soweit es sich um nach der Verordnung über die Genehmigungspflicht für die Einleitung von wassergefährdenden Stoffen und Stoffgruppen in öffentliche Abwasseranlagen (VGS) genehmigungspflichtige Einleitungen handelt, genügt in der Regel die Vorlage des Genehmigungsbescheides der unteren Wasserbehörde.

## **§ 9**

### **Anzeige- und Auskunftspflicht; Zutritt; Überwachung**

- (1) Der Anschlussnehmer ist verpflichtet, alle für die Prüfung der Grundstücksentwässerungseinrichtungen erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (2) Reinigungsöffnungen, Kontrollschächte, Rückstausicherungen sowie Hebe- und Förderaggregate müssen jederzeit zugänglich sein.

- (3) Den Beauftragten der Stadt ist zur Prüfung der Grundstücksentwässerungseinrichtungen ungehindert Zutritt zu allen Anlageteilen auf den angeschlossenen Grundstücken zu gewähren. Die Grundrechte der Verpflichteten sind zu beachten.
- (4) Die Beauftragten haben sich durch einen von der Stadt ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.
- (5) Die Verpflichteten haben die Stadt unverzüglich zu benachrichtigen, wenn
  - a) der Betrieb ihrer Grundstücksentwässerungseinrichtungen durch Umstände beeinträchtigt wird, die auf Mängel der öffentlichen Abwasseranlage zurückgehen können (z.B. Verstopfung von Abwasserleitungen),
  - b) Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage geraten sind oder zu geraten drohen, die den Anforderungen nach § 4 nicht entsprechen,
  - c) sich Art oder Menge des anfallenden Abwassers erheblich ändert,
  - d) sich die der Mitteilung nach § 8 Abs. 2 zugrunde liegenden Daten erheblich ändern,
  - e) für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschluss- oder Benutzungsrechtes entfallen.

## **§ 10 Haftung**

- (1) Der Grundstückseigentümer und die Benutzer haben für eine ordnungsgemäße Benutzung der Grundstücksentwässerungseinrichtungen nach den Vorschriften dieser Satzung zu sorgen. Sie haften der Stadt für alle Schäden und Nachteile, die ihr infolge des mangelnden Zustandes oder satzungswidriger Benutzung der Grundstücksentwässerungseinrichtungen entstehen.
- (2) In gleichem Umfang hat der Ersatzpflichtige die Stadt von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen.
- (3) Die Stadt haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt hervorgerufen werden. Sie haftet auch nicht für Schäden, die dadurch entstehen, dass Rückstausicherungen nicht vorhanden sind oder nicht ordnungsgemäß funktionieren.

## **§ 11 Berechtigte und Verpflichtete**

- (1) Die sich aus dieser Satzung für den Grundstückseigentümer ergebenden Rechte und Pflichten gelten entsprechend für Wohnungseigentümer, Erbbauberechtigte und sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte. Die sich aus §§ 4, 5, 8 Abs. 2, 9 und 10 ergebenden Pflichten gelten auch für jeden schuldrechtlich zur Nutzung Berechtigten sowie jeden tatsächlichen Benutzer.
- (2) Mehrere Verpflichtete sind gesamtschuldnerisch verantwortlich.

## **§ 12 Begriff des Grundstücks**

Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

### **§ 13 Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
- a) Abwasser einleitet, das nicht den Anforderungen des § 4 entspricht,
  - b) entgegen § 4 Abs. 4 Abscheider nicht oder nicht ordnungsgemäß einbaut oder betreibt oder Abscheidegut nicht vorschriftsmäßig entsorgt,
  - c) entgegen § 4 Abs. 9 Nachweise nicht erbringt,
  - d) entgegen § 5 Abs. 1 oder Abs. 7 sein Grundstück nicht oder nicht rechtzeitig anschließt,
  - e) entgegen § 5 Abs. 2 Abwasser nicht einleitet,
  - f) entgegen § 5 Abs. 8 den Abbruch eines Gebäudes nicht rechtzeitig mitteilt,
  - g) entgegen § 7 Abs. 3 die Anlage benutzt, bevor der Stadt die Herstellung des Abwasseranschlusses angezeigt wurde und sie die Anschlussleitung, den Kontrollschacht sowie die Hebe- und Förderaggregate abgenommen hat,
  - h) entgegen § 8 Abs. 2 oder § 9 Abs. 1 Auskünfte nicht oder nicht fristgerecht erteilt,
  - i) entgegen § 9 Abs. 2 die genannten Einrichtungen nicht zugänglich hält,
  - j) entgegen § 9 Abs. 3 den Zutritt nicht gewährt,
  - k) entgegen § 9 Abs. 5 die Stadt nicht benachrichtigt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 51.130,00 Euro geahndet werden.

### **§ 14 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt nach dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung vom 27.12.1972 sowie die Änderungssatzung vom 19.08.1981 außer Kraft.

Die vorgenannte Satzung wird unter Hinweis auf den § 4 Abs. 4, 5 und 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 15 der Hauptsatzung der Stadt Spenge öffentlich bekannt gemacht.

Gemäß § 4 Abs. 6 GO NW wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Stadtdirektor hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder



- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Spenge vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Spenge, den 28.03.1990

(Wiegelmann)  
Bürgermeister

**Anlage****(Grenzwerte gem. § 4 Abs. 2)**

## I. Einzuhaltende Grenzwerte (vorbehaltlich der Ziffer II):

<b>Parameter / Stoff</b>	<b>Grenzwert</b>
<b>1. <u>Allgemeine Parameter:</u></b>	
Temperatur (°C)	35
ph-Wert	6,5 – 10
absetzb. Stoffe (ml/l)	nicht begrenzt aber
wenn Schlammabsch. erforderlich	1,0
bei tox. Hydroxiden	0,3
<b>2. <u>Verseifbare Öle u. Fette (mg/l):</u></b>	
	200
<b>3. <u>Kohlenwasserstoff (mg/l):</u></b>	
	20
<b>4. <u>Organische halogenfreie Lösungsmittel (mg/l):</u></b> (nicht höher als Löslichkeit)	
	nach entsp. Festlegung
<b>5. <u>Anorganische Stoffe, gelöst (mg/l):</u></b>	
Cyanid, ges. (CN)	20
Cyanid, leicht freisetzbar (CN)	1,0
Fluorid ges. (F)	60
Nitrit ges. (NO <sub>2</sub> -N)	10
Sulfat (SO <sub>4</sub> )	600
Sulfid ges. (S)	2,0
Phosphorverb. (P)	30
<b>6. <u>Organische Stoffe (mg/l):</u></b>	
Wasserdamffl. Phenole (C <sub>6</sub> H <sub>5</sub> OH)	100
Farbstoffe	dass Vorfluter nicht gefärbt
<b>7. <u>Halogenierte Kohlenwasserstoffe AOX (mg/l):</u></b>	
	0,5
1,1,1 – Trichlormethan (mg/l):	0,25
<b>8. <u>CSB : BSB<sub>5</sub>-Verhältnis:</u></b>	
	< 4
<b>9. <u>Sonstige Metalle gelöst und ungelöst (mg/l):</u></b>	
Arsen ges. (As)	0,1
Blei ges. (Pb)	0,5
Cadmium ges. (Cd)	0,2
Chrom VI (Cr VI)	0,1
Chrom ges. (Cr)	0,5
Kupfer ges. (Cu)	0,5
Nickel ges. (Ni)	0,5
Quecksilber ges. (Hg)	0,05
Selen ges. (Se)	1,0
Zink ges. (Zn)	2,0
Zinn (Sn)	2,0

## II. Soweit für den Vollzug wasserrechtlicher Anforderungen an Einleitungen in öffentliche Abwasseranlagen der Stand der Technik durch Grenzwerte in Verwaltungsvorschriften definiert ist, sind diese Grenzwerte maßgeblich